



**Der
Bundeswahlleiter**

**Wahl zum 17. Deutschen Bundestag
am 27. September 2009**

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

Inhalt		Seite
Einführung		4
1	Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung nach dem endgültigen Wahlergebnis	5
2	Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik	7
2.1	Struktur der Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht	7
2.2	Ergebnisse zur Wahlbeteiligung	8
2.2.1	Wahlbeteiligung in den Altersgruppen	8
2.2.2	Wahlbeteiligung in Ost und West	10
2.3	Ergebnisse zur Stimmabgabe	11
2.3.1	Stimmabgabe nach Geschlecht	11
2.3.2	Stimmabgabe nach Alter	12
2.3.3	Stimmabgabe in Ost und West	15
2.3.4	Stimmensplitting	16
2.3.5	Parteipräferenzen bei Brief- und Urnenwählern	19
2.3.6	Struktur der Wählerschaft	19
2.3.7	Ungültige Stimmabgabe	21
3	Weitere Ergebnisse	23
3.1	Anteil der Briefwähler	23
3.2	Im Wählerverzeichnis eingetragene Deutsche im Ausland	24
Schaubilder		
1	Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen seit 1949	5
2	Wahlbeteiligung nach Bundesländern bei der Bundestagswahl 2009	6
3	Wahlberechtigte nach Geschlecht und Alter bei der Bundestagswahl 2009	8
4	Wahlbeteiligung nach Altersgruppen bei Bundestagswahlen seit 1953	9
5	Stimmabgabe nach Geschlecht bei den Bundestagswahlen 2009 und 2005	11
6	Stimmabgabe nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2009	12
7	Abweichung der Stimmabgabe nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl gegenüber 2005	13
8	Zweitstimmenanteile in den neuen und alten Ländern bei der Bundestagswahl 2009	15
9	Stimmensplitting bei den gültigen Stimmen seit 1957	16
10	Erststimmenverteilung ausgewählter Parteien bei gegebener Zweitstimme bei der Bundestagswahl 2009	17

11	Zweitstimmenverteilung ausgewählter Parteien bei gegebener Erststimme bei der Bundestagswahl 2009	18
12	Altersstruktur der Wahlberechtigten und der Wähler nach Parteien bei der Bundestagswahl 2009	20
13	Ungültige Erst- und Zweitstimmen bei Bundestagswahlen seit 1949	21
14	Anteil an gültigen Zweitstimmen nach Geschlecht bei der Bundestagswahl 2009	22
15	Art der ungültig abgegebenen Stimmen bei der Bundestagswahl 2009	22
16	Ungültige Zweitstimmen nach Ländern bei der Bundestagswahl 2009	23
17	Anteil der Briefwähler bei den Bundestagswahlen seit Einführung der Briefwahl 1957	24
18	Im Wählerverzeichnis eingetragene Deutsche im Ausland bei Bundestagswahlen seit 1987	24
19	Im Wählerverzeichnis eingetragene Deutsche im Ausland bei der Bundestagswahl 2009 nach Kontinenten	25
Anhang	Rechtliche und methodische Grundlagen der repräsentativen Wahlstatistik	26

Herausgeber: Büro des Bundeswahlleiters, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Erschienen im Februar 2010

© Büro des Bundeswahlleiters, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Alle Rechte vorbehalten.

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Nachdruck und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung über elektronische Systeme bedarf stets der vorherigen Genehmigung.

Einführung

Zum insgesamt vierzehnten Mal und zum vierten Mal seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 ist bei einer Bundestagswahl eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt worden: bei der ersten Bundestagswahl 1949 wurden noch keine Wahlstatistiken erstellt und bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 hatte der Gesetzgeber die repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt.

Mit der repräsentativen Wahlstatistik lässt sich das Wahlverhalten – Wahlbeteiligung und Stimmabgabe – nach Altersgruppen und Geschlecht sowie nach der Struktur der Wähler sowie der Nichtwähler analysieren. Hier und im Folgenden wird aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung und zur besseren Verständlichkeit das generische Maskulinum verwendet.

Für die repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2009 wurden aus den rund 75.000 Urnenwahlbezirken 2.523 Stichprobenwahlbezirke ausgewählt, hinzu kamen 338 der rund 15.000 Briefwahlbezirke. Nähere Informationen enthält die Kurzdarstellung „Rechtliche und methodische Grundlagen der repräsentativen Wahlstatistik“, die am Ende beigefügt ist.

Die repräsentative Wahlstatistik ermöglicht von ihrer Anlage her keine Analyse von Wahlmotiven. Sie liefert aber der Wahlforschung die wesentlichen Basisinformationen sowie Ansatzpunkte für weitere Forschungen. Somit stellt sie den objektiven Bezugsrahmen zur Einordnung der Forschungsergebnisse bereit.

Den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik werden zur Einordnung zunächst Daten zu den Wahlberechtigten und der Wahlbeteiligung nach dem endgültigen Wahlergebnis vorgestellt. Abschließend folgen zusätzliche Ergebnisse, die ohne Rückgriff auf die repräsentative Wahlstatistik ermittelt werden konnten. Dies sind:

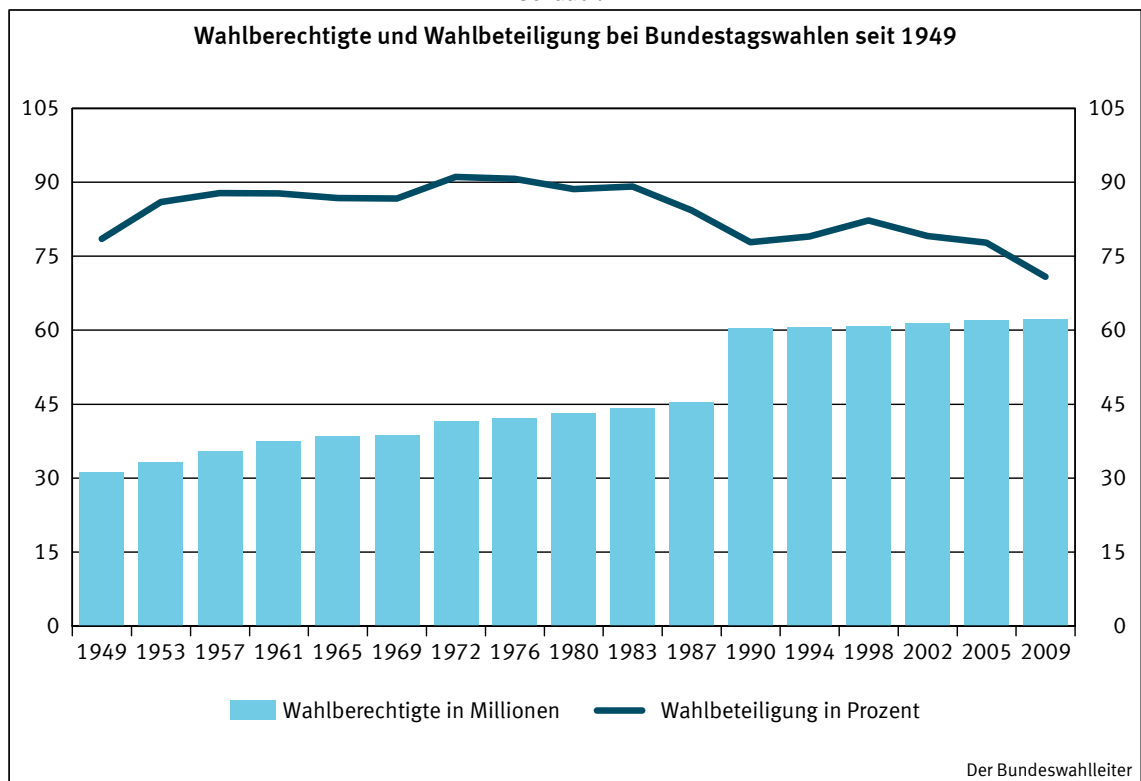
- die Ergebnisse zum Anteil der Briefwähler im Bund und in den Ländern,
- die Zahlen der im Wählerverzeichnis eingetragenen Deutschen im Ausland.

1 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung nach dem endgültigen Wahlergebnis

Wie viele Wahlberechtigte gab es und wie hoch war die Wahlbeteiligung?

Bei der Bundestagswahl 2009 waren nach den Auszählungen der Wählerverzeichnisse etwa 62,2 Millionen Menschen wahlberechtigt, darunter etwa 3,5 Millionen Erstwähler, die seit der Bundestagswahl 2005 volljährig geworden sind. Die Zahl der Wähler betrug rund 44,0 Millionen. Daraus ergab sich eine Wahlbeteiligung von 70,8%. Damit war die Wahlbeteiligung so niedrig wie bei keiner Bundestagswahl zuvor, sie lag 6,9 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung von 2005 (77,7%).

Schaubild 1

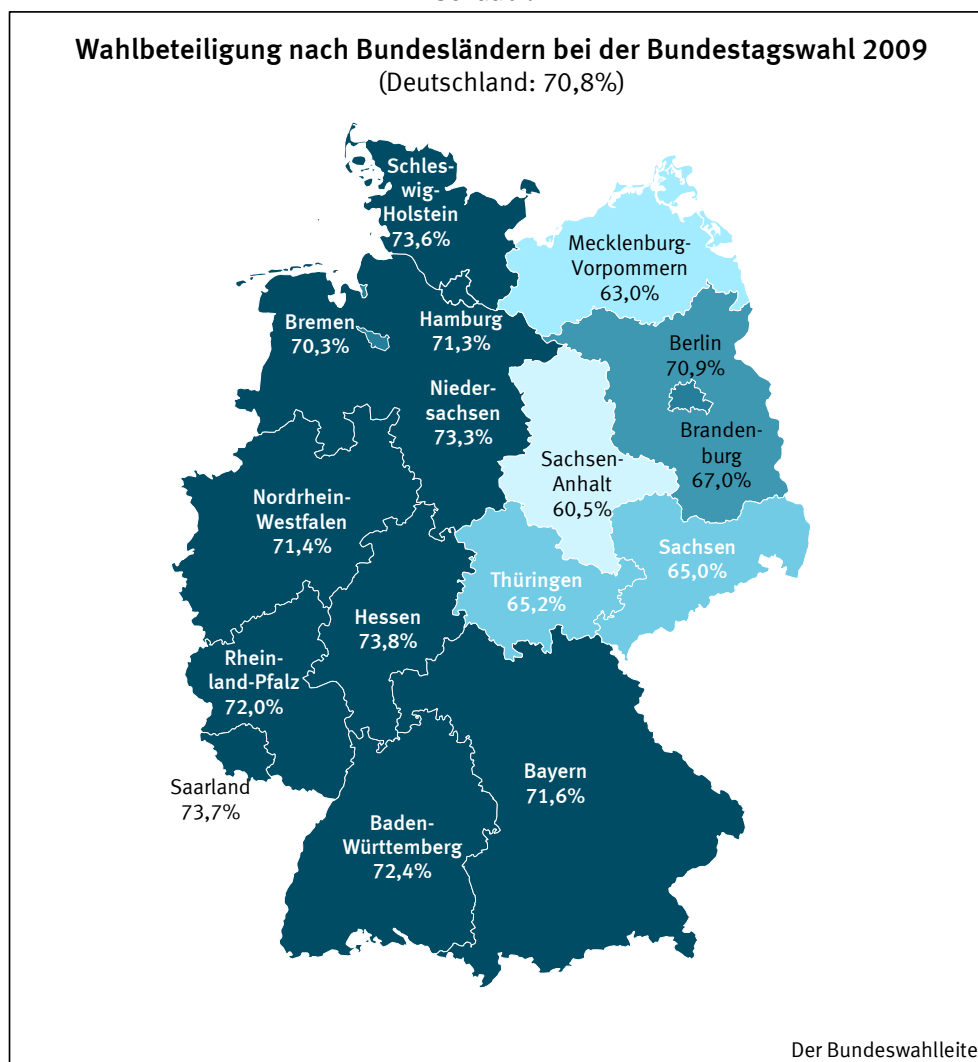


Der Bundeswahlleiter

Deutliche Unterschiede bei der Wahlbeteiligung nach Ländern zwischen Ost und West

Nach dem endgültigen Wahlergebnis hatte Hessen (73,8%) die höchste Wahlbeteiligung, Sachsen-Anhalt (60,5%) die niedrigste. Wie bei allen Bundestagswahlen seit Wiedergewinnung der Deutschen Einheit 1990 lag die Wahlbeteiligung in den fünf neuen Bundesländern (2009 zwischen 60,5% bis 67,0%) unter dem Bundesdurchschnitt (Ausnahme: Thüringen bei der Bundestagswahl 1998). Dagegen wiesen alle alten Bundesländer mit Ausnahme Bremens eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung auf (2009 zwischen 71,3% bis 73,8%).

Schaubild 2



Durchweg in allen Bundesländern war ein Rückgang der Wahlbeteiligung zu beobachten, am stärksten in Sachsen (– 10,7 Prozentpunkte), Sachsen-Anhalt (10,5 Prozentpunkte) und Thüringen (– 10,3 Prozentpunkte), am geringsten in Hessen (– 4,9 Prozentpunkte).

Insgesamt lag die Wahlbeteiligung in den neuen Ländern (einschließlich Berlin-Ost) bei 64,7% (2005: 74,3%) im Vergleich zu 72,2% (2005: 78,5%) in den alten Bundesländern (einschließlich Berlin-West). Der Abstand der Wahlbeteiligungen zwischen Ost und West betrug im Jahr 2002 7,8 Prozentpunkte, sank bei der Bundestagswahl 2005 auf 4,2 Prozentpunkte ab und ist bei der Bundestagswahl 2009 wieder auf 7,5 Prozentpunkte gestiegen.

In welchen Wahlkreisen war die Wahlbeteiligung am höchsten, wo am niedrigsten?

Die drei Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung lagen denn auch in den alten Bundesländern, die Wahlkreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung dagegen in den neuen Bundesländern.

Die drei Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung waren der Wahlkreis 181 (Main-Taunus) mit 79,7%, der Wahlkreis 80 (Berlin-Steglitz – Zehlendorf) mit 79,5% und der Wahlkreis 222 (München-Land) mit 79,1%.

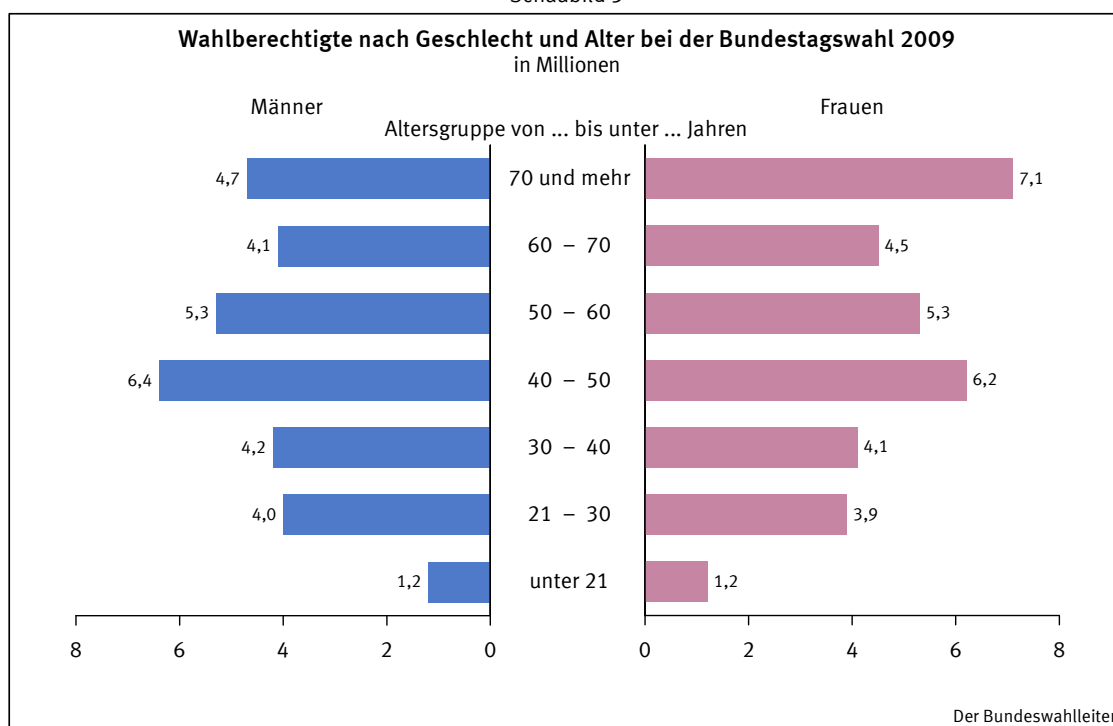
Die niedrigste Wahlbeteiligung hatten der Wahlkreis 72 (Anhalt) mit 57,6%, der Wahlkreis 75 (Mansfeld) mit 59,0% und der Wahlkreis 74 (Burgenland – Saalekreis) mit 59,6% zu verzeichnen.

2 Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik**2.1 Struktur der Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht**

Die Generation der 30- bis 59-Jährigen stellte gut die Hälfte der Wahlberechtigten (50,7%). Die Generation ab 60 Jahren umfasste mit 20,4 Millionen fast ein Drittel (32,8%) aller Wahlberechtigten, und damit fast doppelt so viele wie die jüngere Generation unter 30 Jahren, die mit 10,2 Millionen etwa ein Sechstel aller Wahlberechtigten ausmachte. Allerdings nahm der Anteil der 30- bis 59-jährigen Wahlberechtigten gegenüber 2005 (51,5%) weiter leicht ab. Demgegenüber stieg der Anteil der Altersgruppe ab 60 Jahren geringfügig um insgesamt 0,7 Prozentpunkte (2005: 32,4%). Der Anteil der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen nahm um insgesamt 0,9 Prozentpunkte zu (2005: 16,1%).

Die Betrachtung der Wahlberechtigten nach Geschlecht und Altersgruppen zeigt, dass in den Altersgruppen bis zu 49 Jahren die Männer geringfügig in der Überzahl waren. Ab der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen kehrte sich dieses Verhältnis zugunsten der Frauen um, um in der Altersgruppe ab 70 Jahren mit 7,1 Millionen im Vergleich zu den Männern mit 4,7 Millionen deutlich zu überwiegen.

Schaubild 3



2.2 Ergebnisse zur Wahlbeteiligung

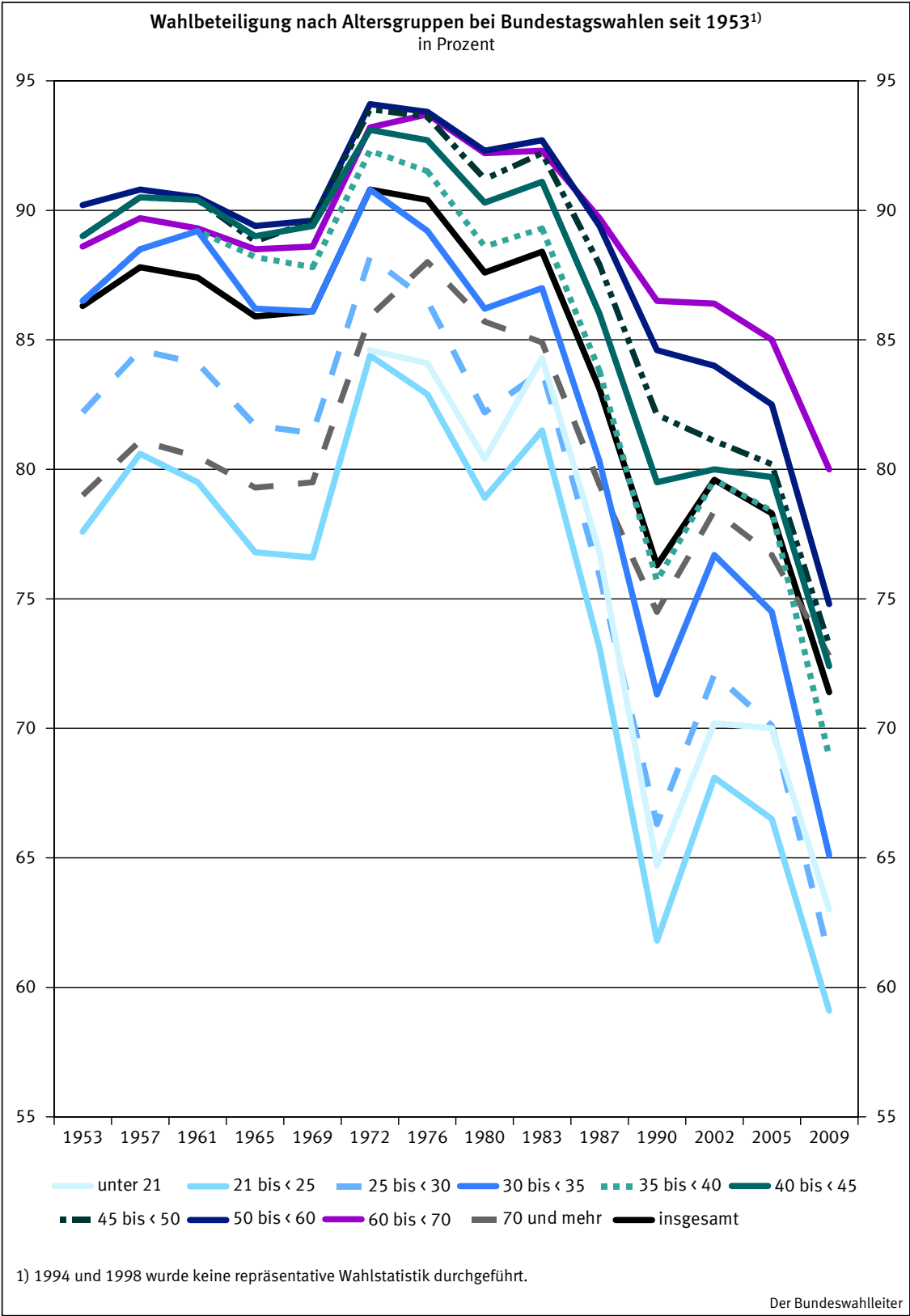
Die repräsentative Wahlstatistik ergab eine Wahlbeteiligung in Höhe von 71,4%. Sie liegt damit um 0,6 Prozentpunkte über der tatsächlichen Wahlbeteiligung (70,8%). Die Differenz resultiert daraus, dass nicht alle der in die Berechnung der Wahlbeteiligung einbezogenen Wahlscheininhaber (das sind überwiegend Briefwähler) gewählt haben.

2.2.1 Wahlbeteiligung in den Altersgruppen

Die Betrachtung der Wahlbeteiligung bei allen Bundestagswahlen seit 1953 nach Altersgruppen zeigt, dass die Entwicklung in den einzelnen Altersgruppen im Wesentlichen ähnlich wie die Entwicklung der Wahlbeteiligung insgesamt verlief.

Die Wahlbeteiligung nahm tendenziell am stärksten unter den Altersgruppen ab, die sich ohnehin unterdurchschnittlich an der Wahl beteiligten. Überdurchschnittlich hoch war stets die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten zwischen 40 und 69 Jahren. Die Wahlberechtigten unter 30 Jahren gingen dagegen wieder nur unterdurchschnittlich zur Wahl, ebenso die Wahlberechtigten ab 70 Jahren. Die Wahlbeteiligung der Altersgruppen von 30 bis 39 Jahren – früher noch überdurchschnittlich hoch – liegt inzwischen wie bei den übrigen jungen Wahlberechtigten auch unter dem Durchschnitt.

Schaubild 4



Insgesamt gab es bei der Wahlbeteiligung nur geringe Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Während in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen weniger Frauen zur Wahl gingen als Männer, machten die 25- bis 59-jährigen Frauen reger von ihrem Wahlrecht Gebrauch als die gleichaltrigen Männer. In den Altersgruppen ab 60 Jahren kehrt sich dieses Ergebnis um, wobei vor allem die Männer ab 70 Jahren sich deutlich häufiger an der Wahl beteiligten als die Frauen dieser Altersgruppe.

Niedrigste Wahlbeteiligung in der Gruppe der 21- bis 24-Jährigen

Wie schon bei früheren Bundestagswahlen hatten die jüngeren Altersgruppen auch 2009 wieder eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung. Dadurch wird das Einflusspotential der jungen Wahlberechtigten gegenüber den älteren Wählern überproportional geschwächt. Die niedrigste Wahlbeteiligung hatte erneut die Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen. Mit 59,1% lag die Wahlbeteiligung um 12,3 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung aller Altersgruppen. Diese Altersgruppe wies in fast allen Bundesländern (außer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt) die niedrigste Wahlbeteiligung auf.

Höchste Wahlbeteiligung in der Gruppe der 60- bis 69-Jährigen

Die Wahlbeteiligung nahm ab der Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen mit steigendem Alter zu, wobei die Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen mit 80,0% (also mit 8,6 Prozentpunkten über der bundesweiten Wahlbeteiligung) in allen Bundesländern die höchste Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatte.

2.2.2 Wahlbeteiligung in Ost und West

Wie bereits oben dargestellt, wies die Wahlbeteiligung große Differenzen zwischen den ost- und den westdeutschen Bundesländern auf.

Höchste Wahlbeteiligung

Die höchste Wahlbeteiligung hatten mit 82,1% die westdeutschen Männer der Altersgruppe zwischen 60 und 69 Jahren. Dieses Ergebnis beruht in erster Linie auf der überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung der zwischen 60 und 69 Jahre alten Männer im Saarland (84,9%), in Schleswig-Holstein (84,3%) und Niedersachsen (83,7). Bei den Frauen zeigte diese Altersgruppe in Westdeutschland ebenfalls die höchste Wahlbeteiligung mit 81,1%.

Niedrigste Wahlbeteiligung

Die niedrigste Wahlbeteiligung hatten mit 52,7% die ostdeutschen Frauen der Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen. Dieses Ergebnis beruht im Wesentlichen auf der unter-

durchschnittlich niedrigen Wahlbeteiligung der zwischen 21 und 24 Jahre alten Frauen in Mecklenburg-Vorpommern (46,5%) und Sachsen-Anhalt (47,5%). Die Männer zeigten ebenfalls in dieser Altersgruppe in Ostdeutschland die niedrigste Wahlbeteiligung mit 53,1%.

2.3 Ergebnisse zur Stimmabgabe

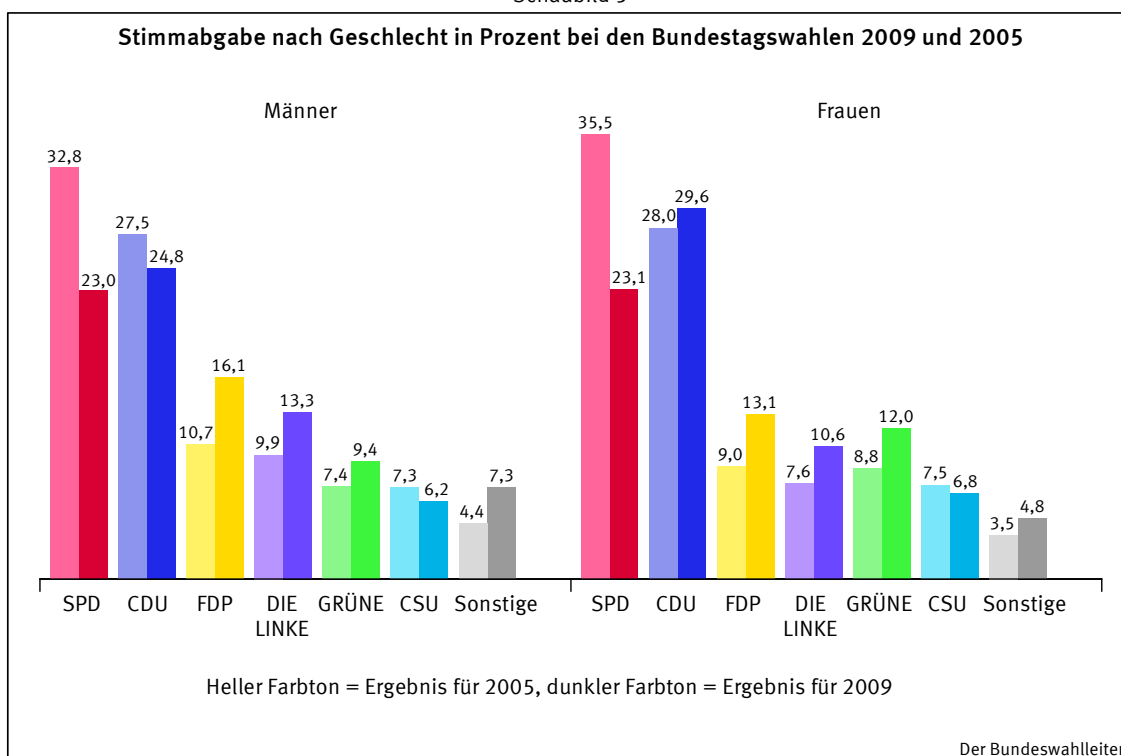
Nach dem endgültigen Wahlergebnis der Bundestagswahl 2009 erzielten die Parteien folgende Zweitstimmenanteile:

CDU	27,3 %
SPD	23,0 %
FDP	14,6 %
DIE LINKE	11,9 %
GRÜNE	10,7 %
CSU	6,5 %
Sonstige	6,0 %

2.3.1 Stimmabgabe nach Geschlecht

Hinsichtlich der Stimmabgabe von Männern und Frauen zeigt sich bei der Bundestagswahl 2009 folgendes Bild:

Schaubild 5

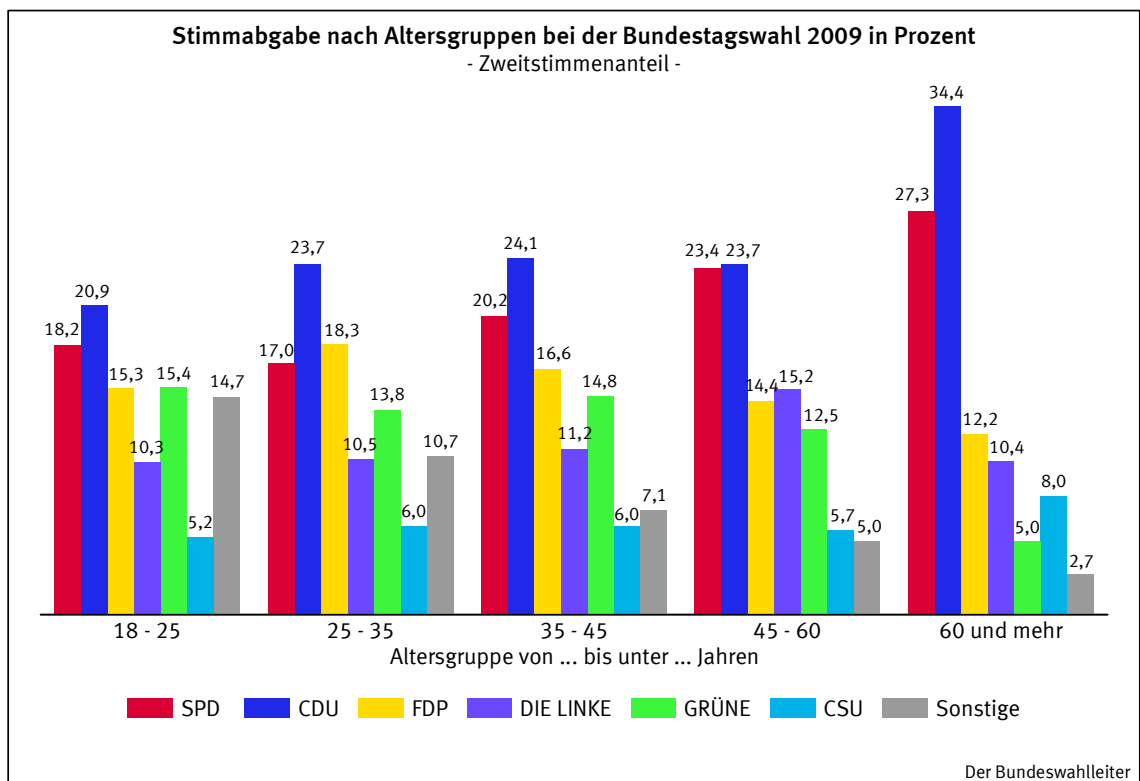


Während bei der SPD die Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei der Stimmabgabe eher gering waren, gewann die CDU bei den Frauen mit 29,6% mehr Stimmenanteile als bei den Männern (24,8%). Sie konnte hier ihr Ergebnis von 2005 (28,0%) um 1,6 Prozentpunkte steigern und ist damit wieder – wie in den 1950er bis 1970er Jahren – eine von Frauen bevorzugte Partei. Demgegenüber büßte sie bei der männlichen Wählerschaft gegenüber der Bundestagswahl 2005 (27,5%) 2,7 Prozentpunkte ein. Sowohl FDP (16,1%) als auch DIE LINKE (13,3%) fanden bei den Männern einen größeren Rückhalt als bei den Frauen mit 13,1% für die FDP bzw. 10,6% für DIE LINKE. Im Gegensatz hierzu erhielten die GRÜNEN bei den Frauen mit 12,0% einen höheren Stimmenanteil als bei den Männern (9,4%). Für die CSU gaben 6,2% der Männer und 6,8% der Frauen ihre Stimme ab.

2.3.2 Stimmabgabe nach Alter

Bei der Abgabe der Zweitstimmen zeigten die verschiedenen Altersgruppen teilweise starke Unterschiede. Ältere Wähler ab 60 Jahren bevorzugten vergleichsweise deutlich die CDU/CSU oder die SPD.

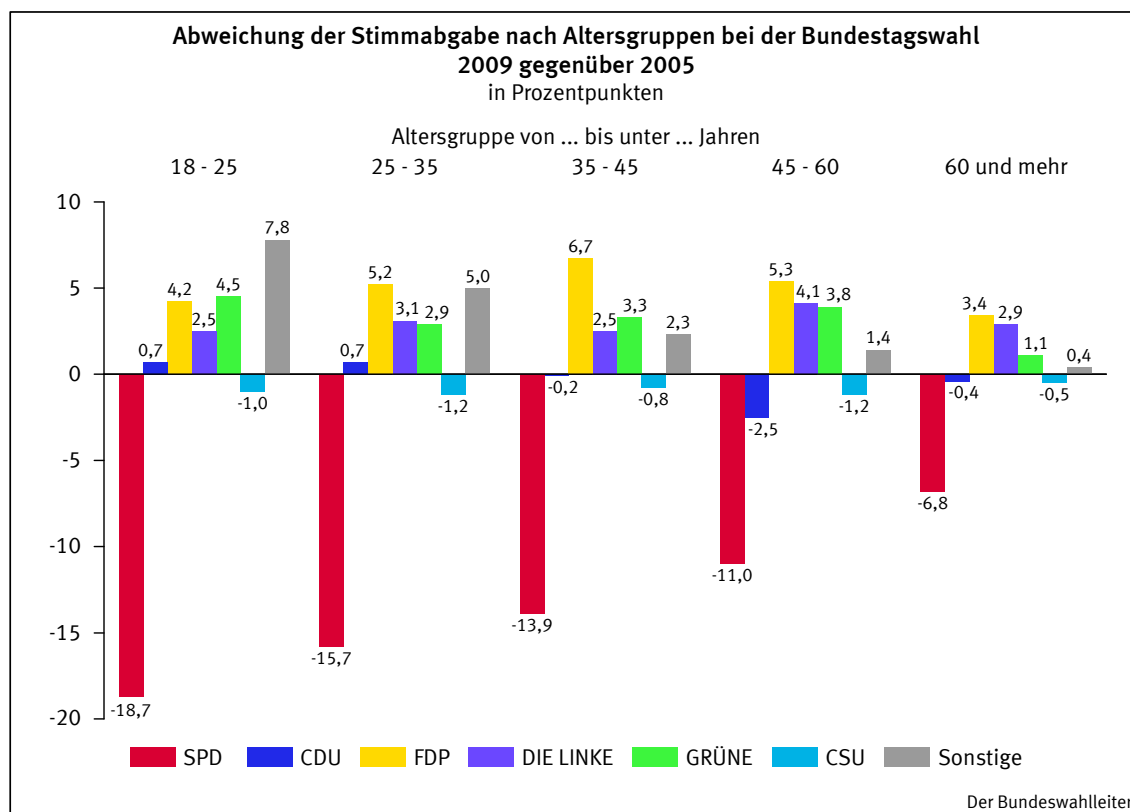
Schaubild 6



Der Stimmenanteil der CDU war bei den Wählern von 25 bis 59 Jahren relativ gleich bei etwa 24%, stieg aber bei den Wählern ab 60 Jahren sprunghaft um etwa die Hälfte auf 34,4% an. Das niedrigste Ergebnis erhielt sie mit 20,9% bei den Wählern unter 25 Jah-

ren. Auch wenn die CDU in jeder Altersgruppe den höchsten Stimmenanteil aller Parteien erhielt, war ihr Vorsprung bei den Senioren am deutlichsten. In allen anderen Altersgruppen blieb die CDU hinter ihrem Bundesergebnis zurück.

Schaubild 7



Die SPD erzielte bei der Bundestagswahl 2009 ebenfalls den höchsten Stimmenanteil bei den Wählern ab 60 Jahren (27,3%). Bei den Jungwählern bis 24 Jahren musste sie jedoch ihre größten Stimmenverluste hinnehmen. Sie verlor hier mit – 18,7 Prozentpunkten mehr als die Hälfte ihres Zweitstimmenanteils. Noch bei der Bundestagswahl 2005 hatte sie in dieser Altersgruppe ihren größten Rückhalt gefunden. In allen folgenden Altersgruppen setzte sich der Stimmenverlust der SPD fort, wurde aber kontinuierlich weniger und betrug in der Altersgruppe der ab 60-Jährigen noch – 6,8 Prozentpunkte.

Die sogenannten kleinen Parteien konnten dagegen in allen Altersgruppen einen Zuwachs an Stimmenanteilen verbuchen, wobei die Stimmenanteile in den einzelnen Altersgruppen zum Teil deutliche Unterschiede zeigten.

So erreichte die FDP bei der Bundestagswahl 2009 den höchsten Stimmenanteil in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen (18,3%), gefolgt von den 35- bis 44-Jährigen (16,6%). Sie konnte im Vergleich zu 2005 in allen Altersgruppen Zugewinne an Stim-

menanteilen von 3,4 bis 6,7 Prozentpunkten erzielen, am stärksten in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen, am geringsten bei den ältesten Wählern.

DIE LINKE dagegen erzielte 2009 ihren höchsten Stimmenanteil bei den 45- bis 59-Jährigen (15,2%). Dieser lag um etwa ein Drittel über den Stimmenanteilen in den übrigen Altersgruppen (10,3% bis 11,2%). Sie konnte ihren Stimmenanteil im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 in allen Altersgruppen um 2,5 bis 4,1 Prozentpunkte ausbauen.

Die GRÜNEN erreichten bei der Bundestagswahl 2009 in den Altersgruppen unter 60 Jahren überdurchschnittlich hohe Stimmenanteile, den größten bei den Jung- und Erstwählern unter 25 Jahren (15,4%). Dagegen wählten nur 5,0% der Altersgruppe ab 60 Jahren die GRÜNEN. Auch hier gewannen die GRÜNEN im Vergleich zu 2005 noch Stimmenanteile von immerhin 1,1 Prozentpunkten hinzu. Insgesamt konnten sie damit wie die FDP und DIE LINKE in allen Altersgruppen ihren Stimmenanteil leicht erhöhen. Den größten Zuwachs erzielten die GRÜNEN mit 4,5 Prozentpunkten bei den Wählern unter 25 Jahren.

Die CSU schnitt wie die CDU bei den Wählern ab 60 Jahren am besten ab (8,0%), dieses Ergebnis liegt etwa ein Drittel über den Ergebnissen in den übrigen Altersgruppen. Wie die CDU blieb auch die CSU in den Altersgruppen unter 60 Jahren hinter ihrem Bundesergebnis zurück und verzeichnete mit 5,2% ebenfalls das niedrigste Ergebnis bei den jungen Wählern unter 25 Jahren. Sie war zudem mit der SPD die einzige Partei, die – wenn auch in deutlich geringerem Maße – in allen Altersgruppen Verluste an Stimmenanteilen hinnehmen musste (zwischen – 0,5 und – 1,2 Prozentpunkte).

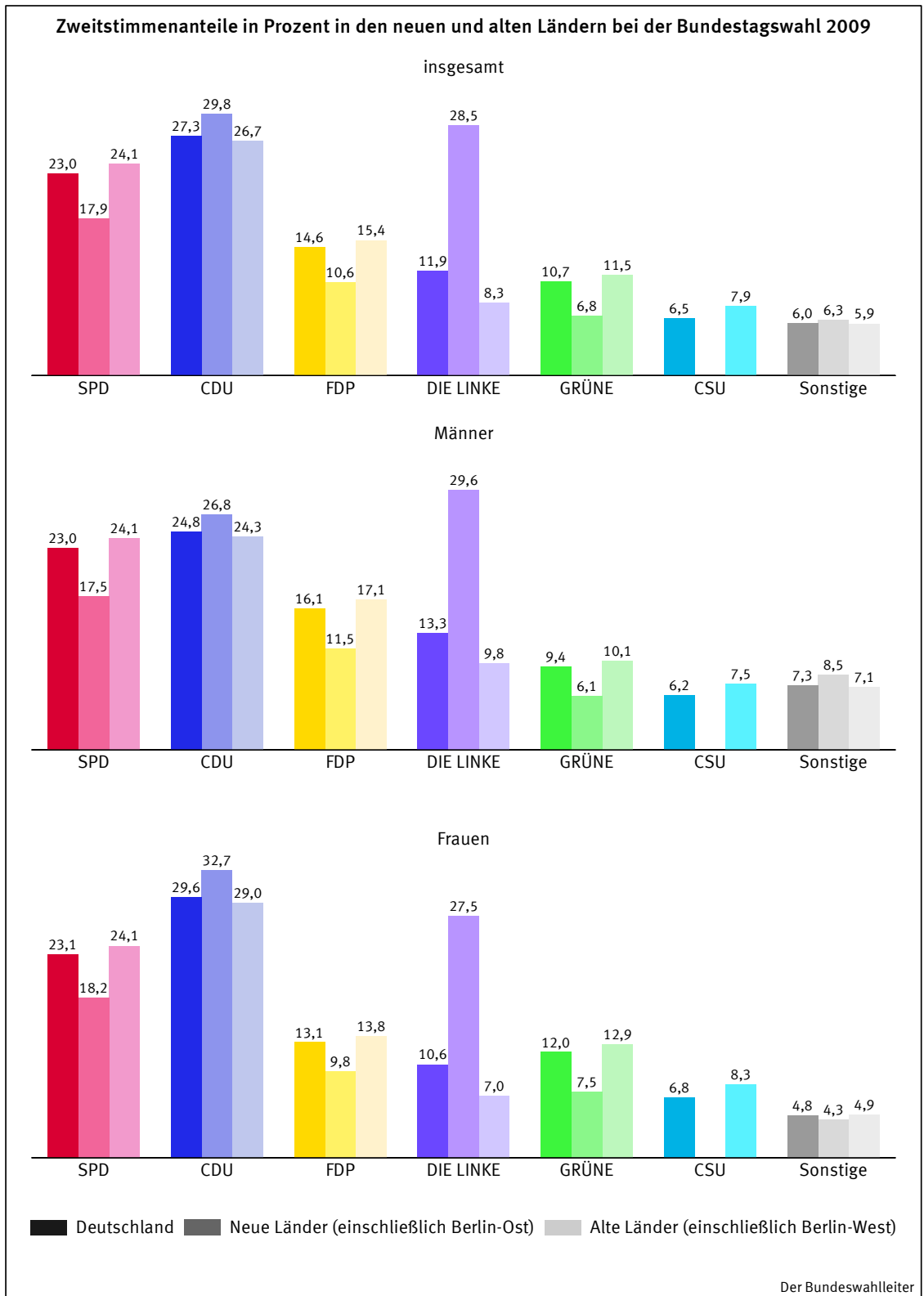
Die sonstigen Parteien erhielten mit 14,7% der Stimmen bei den 18- bis 24-Jährigen den höchsten Stimmenanteil. Mit zunehmendem Alter stimmten weniger Wähler für diese Parteien. In der Altersgruppe ab 60 Jahren gaben nur noch 2,7% der Frauen und Männer ihre Stimmen den sonstigen Parteien.

Größte Zugewinne bzw. geringste Verluste in der jeweils stärksten Altersgruppe

Auffällig ist, dass mit Ausnahme der FDP alle Parteien jeweils in den Altersgruppen die größten Zugewinne bzw. die geringsten Verluste an Stimmenanteilen verzeichneten, in denen sie auch ihr bestes Ergebnis erzielten: die CDU, die CSU und die SPD bei den Wählern ab 60 Jahren, DIE LINKE bei den 45- bis 59-Jährigen und die GRÜNEN bei den Wählern unter 25 Jahren. Die FDP erzielte die größten Zugewinne bei den 35- bis 44-Jährigen, bei denen sie jedoch nur ihr zweitbestes Ergebnis verzeichnete. Ihr bestes Ergebnis erreichte sie dagegen mit immer noch großen Zugewinnen bei den 25- bis 34-Jährigen.

2.3.3 Stimmabgabe in Ost und West

Schaubild 8



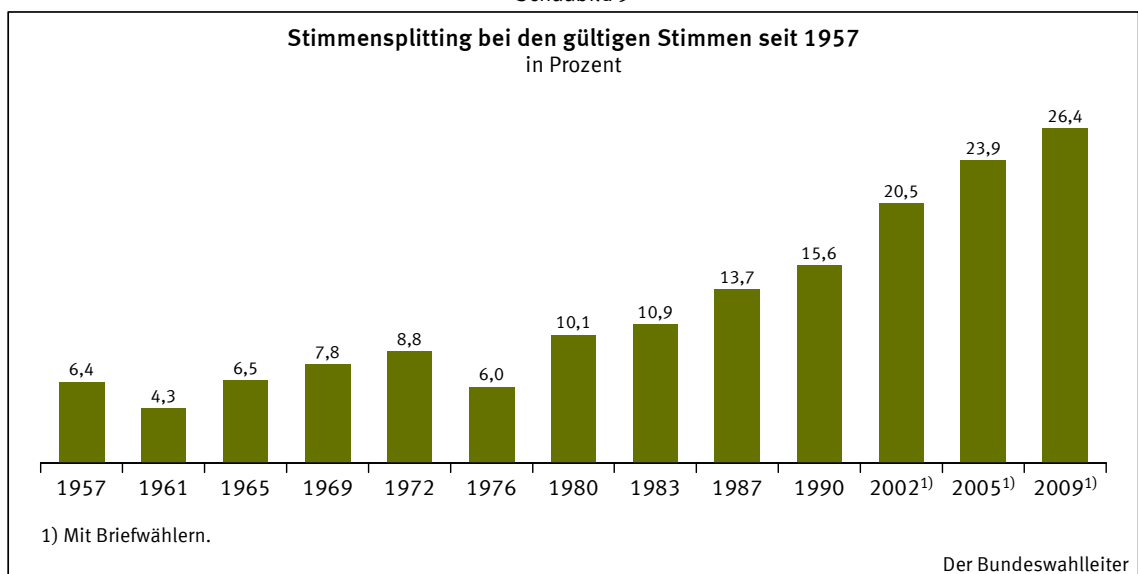
Wie bereits das endgültige Wahlergebnis zeigt, unterschied sich das Stimmverhalten in Ost und West. Der Vergleich der Stimmabgabe nach Alter zeigt den größten Unterschied im Stimmverhalten bei der Partei DIE LINKE, die in den neuen Ländern als zweitstärkste Partei aus der Wahl hervorging. Sie konnte dort in der Gruppe der 45- bis 59-Jährigen mit 33,4% ihr bestes Ergebnis erzielen. Auch bei den Wählern ab 60 Jahren erreichte sie mehr als 30%. Im Westen erzielte DIE LINKE ihr bestes Ergebnis (11,2%) ebenfalls in der Gruppe der 45- bis 59-Jährigen. In den übrigen Altersgruppen lag sie hier stets unter 10%, den geringsten Rückhalt fand sie in der Altersgruppe ab 60 Jahren mit 6,0%.

Die GRÜNEN schnitten in den neuen Bundesländern in allen Altersgruppen schlechter ab als im Westen. Auch zeigte sich der geringere Rückhalt bei den älteren Wählern in Ost und West gleichermaßen. Sie kamen in den neuen Bundesländern bei den ältesten Wählern auf einen Stimmenanteil von 3,5%. Doch auch in den alten Bundesländern gewannen sie in dieser Altersgruppe mit lediglich 5,4% den niedrigsten Stimmenanteil.

2.3.4 Stimmensplitting

Stimmensplitting liegt vor, wenn die Wahlentscheidung des Wählers zwischen Erst- und Zweitstimme differiert. Betrachtet man die Stimmabgabe in der Kombination der Erst- und Zweitstimmen, so wird deutlich, welche Wählergruppen in welchem Umfang vom Splitting Gebrauch gemacht haben.

Schaubild 9



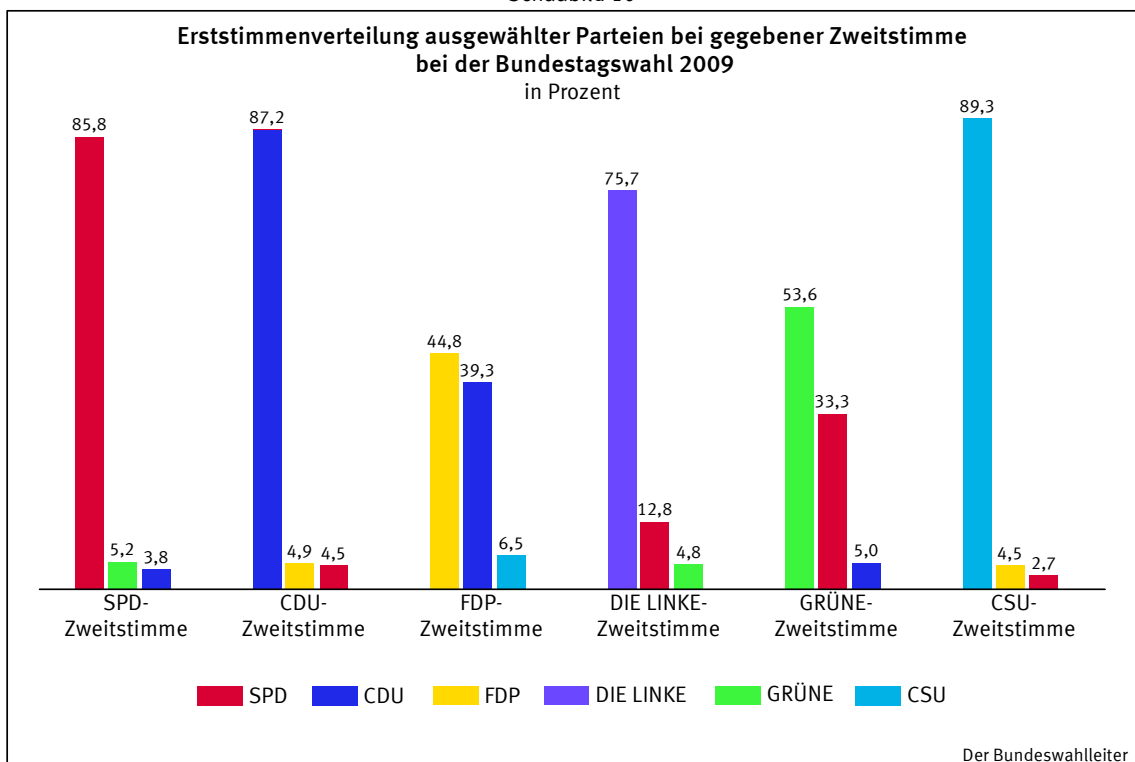
Bis zur Bundestagswahl 1976 haben die Wähler im Durchschnitt zu 6,6% ihre Stimme gesplittet. Seitdem machen sie kontinuierlich immer häufiger von der Möglichkeit der Trennung von Erst- und Zweitstimme Gebrauch. Die überwiegende Mehrheit gab zwar bei

der Bundestagswahl 2009 ihre Stimmen für dieselbe Partei ab, mit 26,4% hat Stimmensplitting aber einen neuen Höchststand erreicht.

Der Anteil des Stimmensplittings differiert bei den Wählern der einzelnen Parteien sehr stark. Wie auch bei der Bundestagswahl 2005 haben die Zweitstimmenwähler der CDU und SPD sowie der CSU vergleichsweise selten das Stimmensplitting genutzt. Von ihnen haben die CSU-Zweitstimmenwähler am wenigsten von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch gemacht.

Sehr viel stärker nutzen traditionell die Wähler der FDP und der GRÜNEN das Stimmensplitting. Die Wähler einer „kleineren“ Partei gehen häufig davon aus, dass der Direktkandidat ihrer Partei keine Mehrheitschance hat und entscheiden sich daher bewusst für den Wahlkreisbewerber einer „großen“ Partei. Diese Tendenz setzte sich weiter fort.

Schaubild 10

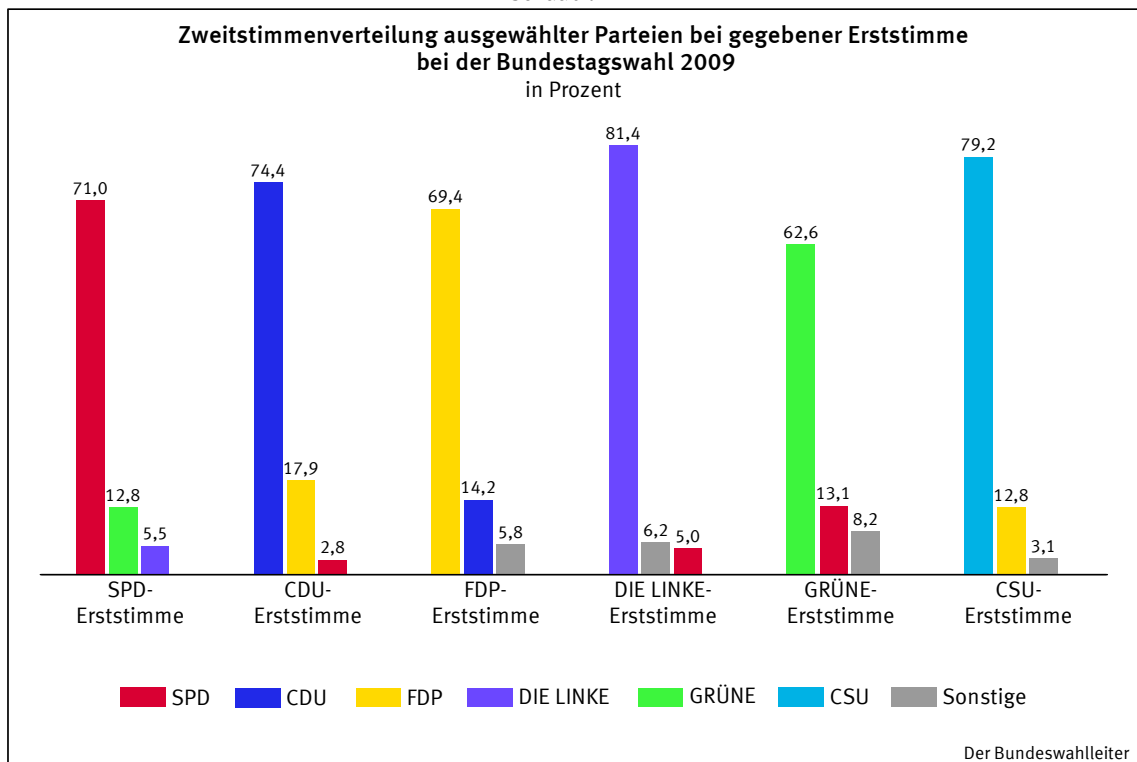


Betrachtet man die Abgabe der Erststimme bei gegebener Zweitstimme, splitteten die Wähler der FDP am häufigsten; über 55% haben mit der Erststimme den Direktkandidaten einer anderen Partei gewählt, dabei vornehmlich den von CDU oder CSU. Im Gegenzug vergaben knapp 18% der Erststimmenwähler der CDU ihre Zweitstimme an die FDP.

Bei den GRÜNEN gaben die Zweitstimmenwähler neben den Kandidaten der eigenen Partei am zweithäufigsten mit 33,3% ihre Erststimmen den Kandidaten der SPD und damit dem bevorzugten Koalitionspartner (2005 waren es noch 56,7%).

Bei den Wählern der Linkspartei war gegen den allgemeinen Trend ein Rückgang des Stimmensplittings im Vergleich zu 2005 festzustellen. Die Kombination aus Zweitstimme für DIE LINKE und Erststimme für den SPD-Wahlkreiskandidaten wurde deutlich seltener gewählt. So gaben von den Wählern, die mit ihrer Zweitstimme für DIE LINKE votierten, 12,8% ihre Erststimme Kandidaten der SPD (2005 waren es noch 17,3%). Die umgekehrte Kombination kam noch weniger häufig vor: nur 4,9% der Erststimmenwähler der Partei DIE LINKE gab die Zweitstimme der SPD.

Schaubild 11



Betrachtet man demgegenüber die Wähler, die ihre Erststimme der CDU, der CSU oder der SPD gegeben haben, ist eine stärkere Tendenz zum vor der Wahl jeweils angestrebten Koalitionspartner erkennbar: von den Erststimmenwählern der CDU bzw. CSU gaben 17,9% bzw. 12,8% die Zweitstimme der FDP. 12,8% der Erststimmenwähler der SPD gaben den GRÜNEN ihre Zweitstimme.

Ost-West-Vergleich

Der Vergleich zwischen neuen Ländern (einschließlich Berlin-Ost) und alten Ländern (einschließlich Berlin-West) zeigt, dass die Zweitstimmenwähler der „großen“ Parteien in

Ostdeutschland häufiger ihre Erststimme an Kandidaten „kleinerer“ Parteien gaben: nur 78,8% wählten auch mit ihrer Erststimme SPD (im Vergleich zu 86,9% in den alten Ländern), lediglich 83,7% wählten mit beiden Stimmen CDU (gegenüber 88% in den alten Ländern).

Im früheren Bundesgebiet hingegen war die Tendenz zum Splitting bei den Zweitstimmenwählern der „kleineren“ Parteien stärker: 56,0% der Zweitstimmenwähler der FDP gaben auch ihre Erststimme einem FDP-Kandidaten gegenüber 51,2% in den neuen Ländern. Bei den Zweitstimmenwählern der DIE LINKE waren es 31,7% gegenüber 14,3% in den neuen Ländern.

Ein annähernd gleiches Splittingverhalten lässt sich nur bei den Zweitstimmenwählern der GRÜNEN beobachten, die im Westen zu 53,3% und im Osten zu 56,2% mit beiden Stimmen die GRÜNEN wählten.

2.3.5 Parteipräferenzen bei Brief- und Urnenwählern

Der Vergleich der bundesweiten Brief- und Urnenwahlergebnisse zeigt, dass SPD und DIE LINKE wie auch bei der Bundestagswahl 2005 ein deutlich höheres Ergebnis bei den Urnenwählern hatten und zwar um durchschnittlich +3,2 bzw. +3,1 Prozentpunkte. Bei den anderen Parteien lag demgegenüber das Zweitstimmenergebnis der Briefwahl zum Teil deutlich über dem Urnenwahlergebnis und zwar bei den GRÜNEN um durchschnittlich +3 Prozentpunkte, bei der CDU/CSU um durchschnittlich + 2,8 Prozentpunkte und bei der FDP um durchschnittlich +1,5 Prozentpunkte. Erstaunlich ist, dass dieses Ergebnis für alle Parteien jeweils für beide Geschlechter in allen Altersgruppen gilt.

2.3.6 Struktur der Wählerschaft

Die Ergebnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik geben darüber hinaus Aufschluss über die demografische Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien und enthalten Anhaltspunkte, in welchem Umfang die Parteien ihr Wählerpotenzial mobilisieren konnten.

Die Wählerschaft der Unionsparteien rekrutierte sich mit weiter steigender Tendenz überproportional aus älteren Wählern ab 60 Jahren. Im Vergleich zur Altersstruktur aller Wahlberechtigten sind in der Wählerschaft der CDU/CSU wie 2005 die 18- bis 59-Jährigen unterrepräsentiert.

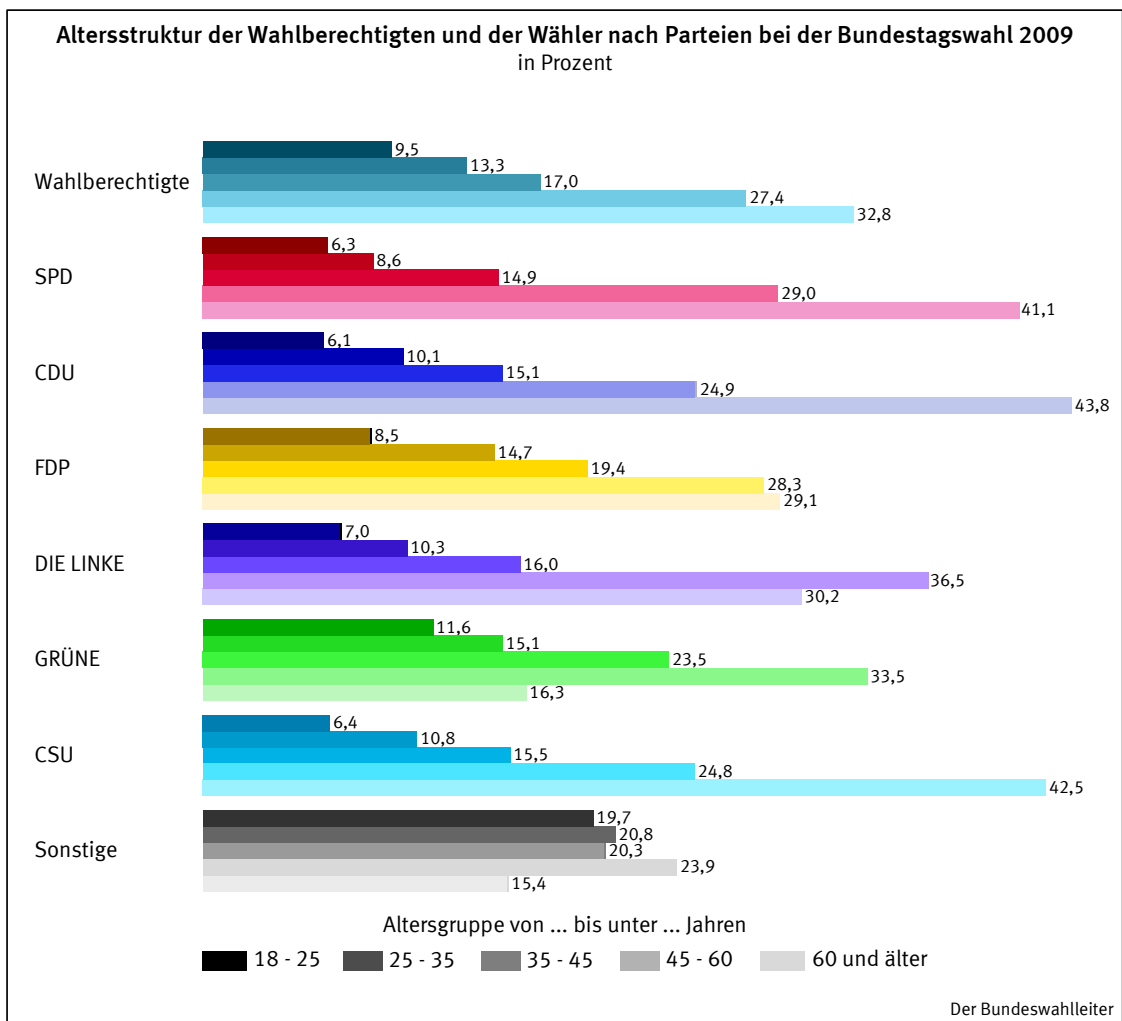
Auch die Wählerschaft der SPD ist 2009 überdurchschnittlich stark von älteren Wählern (gut 41% sind 60 Jahre und älter) geprägt. Die altersmäßige Zusammensetzung der

Wählerschaft der SPD hat sich damit gegenüber der Bundestagswahl 2005 stark verändert und derjenigen der CDU angenähert.

Die Wählerstruktur der FDP entsprach am ehesten der Altersstruktur aller Wahlberechtigten. Im Vergleich zu 2005 hat die FDP in der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen deutlich an Wählerschaft gewonnen.

In der Wählerschaft der Partei DIE LINKE sind die 45- bis 59-Jährigen im Vergleich zum Anteil der entsprechenden Altersgruppe an allen Wahlberechtigten überproportional stark vertreten; hier hat DIE LINKE gegenüber 2005 weitere Wählerschaft hinzugewonnen. Die Wählerschaft ab 60 Jahren ist in der Partei DIE LINKE demgegenüber leicht unterrepräsentiert, obwohl DIE LINKE auch hier an Wählerschaft gewann.

Schaubild 12



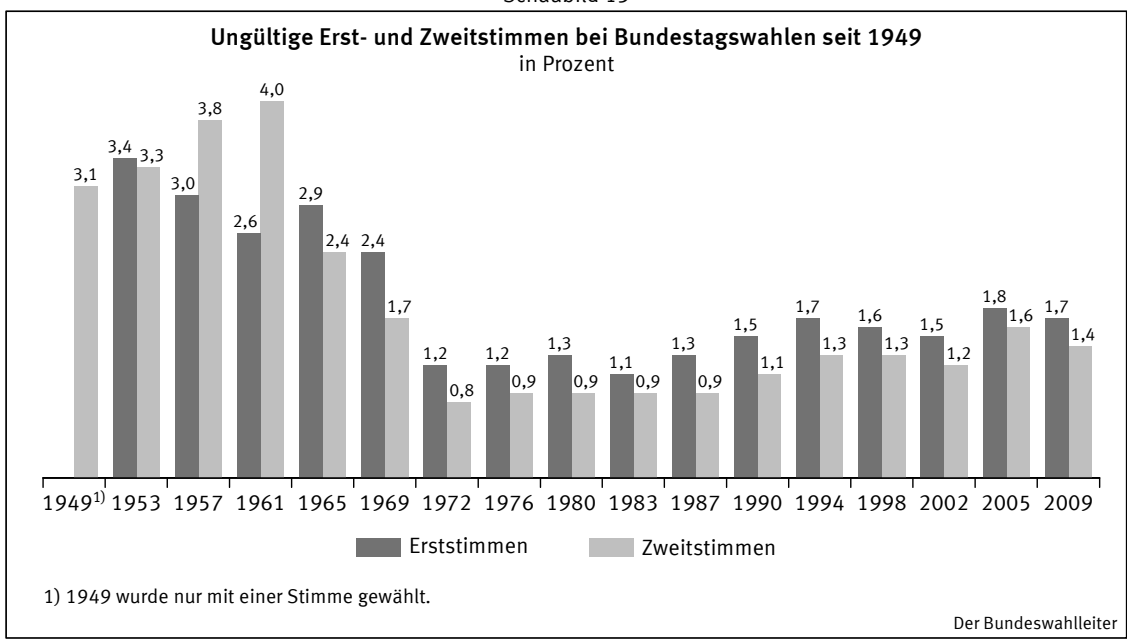
Etwa die Hälfte der GRÜNEN-Wähler bei der Bundestagswahl 2009 war jünger als 45 Jahre und damit im Vergleich zur Altersstruktur aller Wahlberechtigten überproportional

vertreten, obwohl der Anteil der Altersgruppe von 35 bis 44 Jahren im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 um mehr als fünf Prozentpunkte zurückgegangen ist. Gleichzeitig hat die Wählerschaft der GRÜNEN bei den 45- bis 60-Jährigen um fast sechs Prozentpunkte zugelegt und ist hier – auch im Vergleich zu dieser Altersgruppe aller Wahlberechtigten – überproportional stark vertreten. Dagegen liegt der Anteil der Wähler in der Altersgruppe ab 60 Jahren um mehr als 16 Prozentpunkte unter dem Anteil dieser Altersgruppe aller Wahlberechtigten.

2.3.7 Ungültige Stimmabgabe

Ungültig sind Stimmen unter anderem dann, wenn auf dem Stimmzettel die Spalte für Erst- oder Zweitstimme leer oder durchgestrichen ist, wenn der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei erkennbar ist (z.B. bei mehreren Kreuzen in einer Spalte) oder der Stimmzettel einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

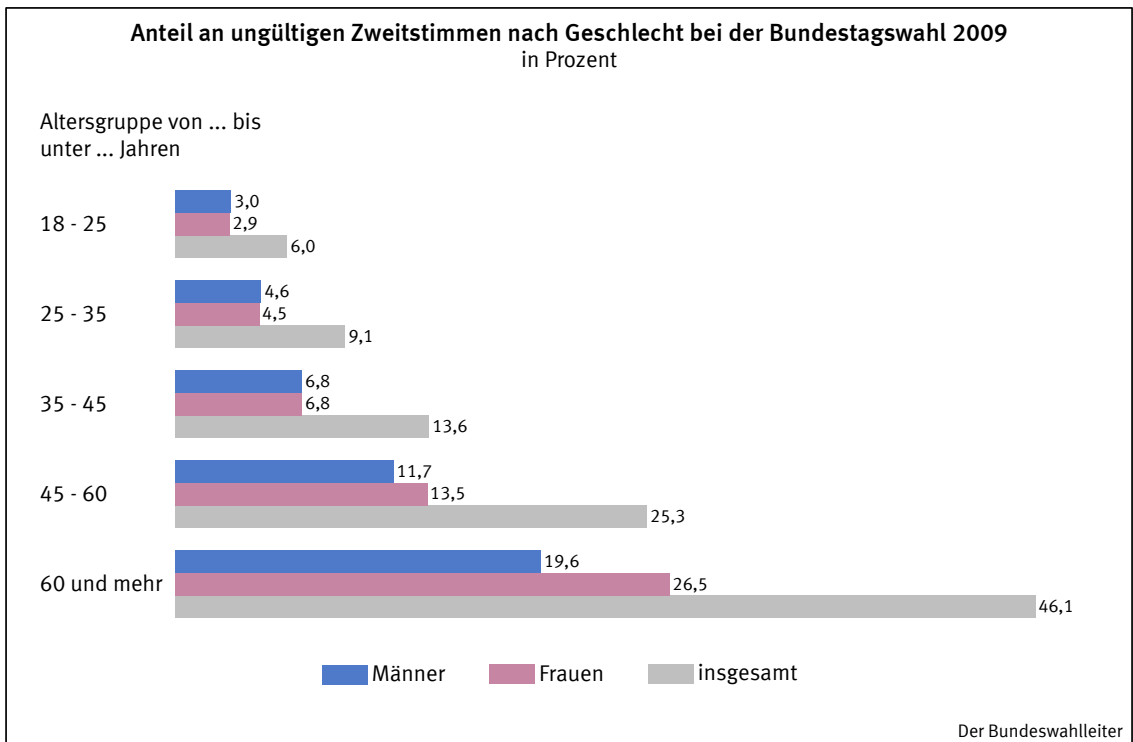
Schaubild 13



Der Anteil ungültiger Stimmen hat sich im Verlauf der Bundestagswahlen auf einem relativ niedrigen Niveau eingependelt und betrug bei der Bundestagswahl 2009 nach dem endgültigen Wahlergebnis bei den Erststimmen 1,7%, bei den Zweitstimmen 1,4%.

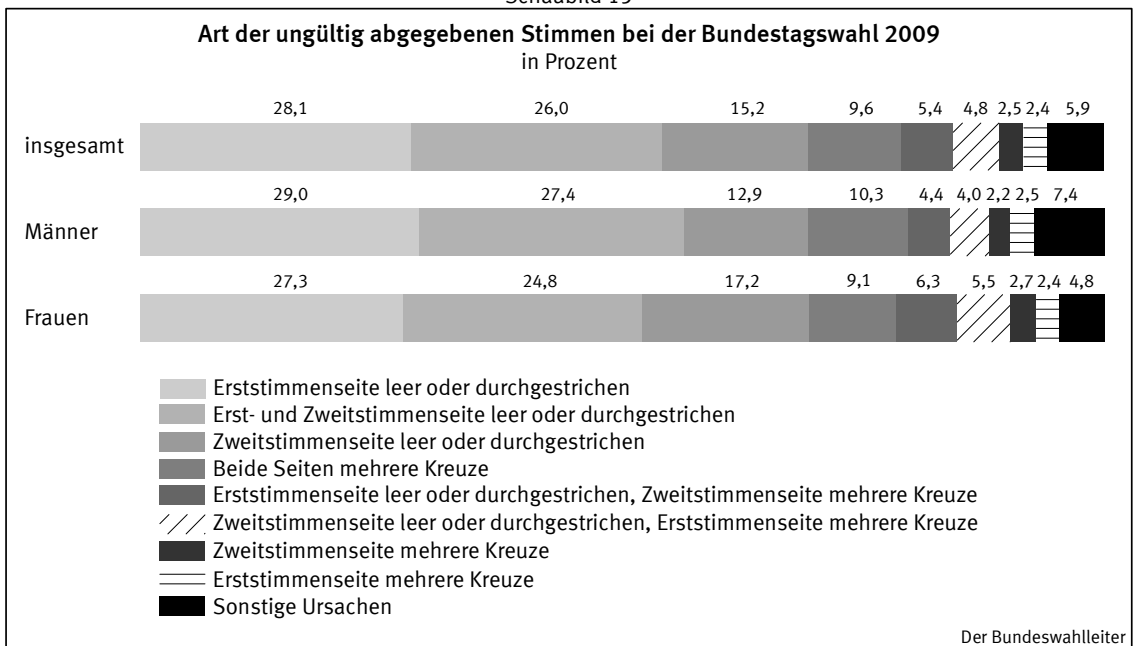
Knapp die Hälfte der ungültigen Zweitstimmen stammte von älteren Wählern ab 60 Jahren, ein weiteres Viertel von 45- bis 59-Jährigen. Die jungen Wähler unter 25 Jahren trugen hingegen nur zu 6,0% zu den ungültigen Stimmen bei. Dabei gab es zwischen Männern und Frauen kaum Unterschiede; lediglich in der Altersgruppe ab 60 Jahren stammten mehr ungültige Stimmen von Frauen (26,5% gegenüber 19,6% von Männern).

Schaubild 14



Der weit überwiegende Anteil von 69,3% aller ungültigen Stimmen ist ausschließlich auf keine Kennzeichnung oder das Durchstreichen einer oder beider Stimmzettelseiten (Erst- und Zweitstimme) zurückzuführen. Dies deutet auf eine bewusste Entscheidung für die ungültige Stimmabgabe hin. Der Anteil ist damit etwas höher als bei der Bundestagswahl 2005 (65,1%).

Schaubild 15



Bei der Betrachtung der ungültigen Zweitstimmen nach Bundesländern nach dem amtlichen Wahlergebnis ist keine Auffälligkeit – beispielsweise im Vergleich von Ost und West – festzustellen. Der Anteil ungültiger Stimmen in Brandenburg, Schleswig-Holstein und Hessen ist am höchsten. Da sowohl in Brandenburg als auch in Schleswig-Holstein gegenüber der Bundestagswahl 2005 eine Zunahme zu verzeichnen ist, liegt hier ein Zusammenhang mit den dort ebenfalls am 27.9.2009 durchgeführten Landtagswahlen nahe.

Schaubild 16



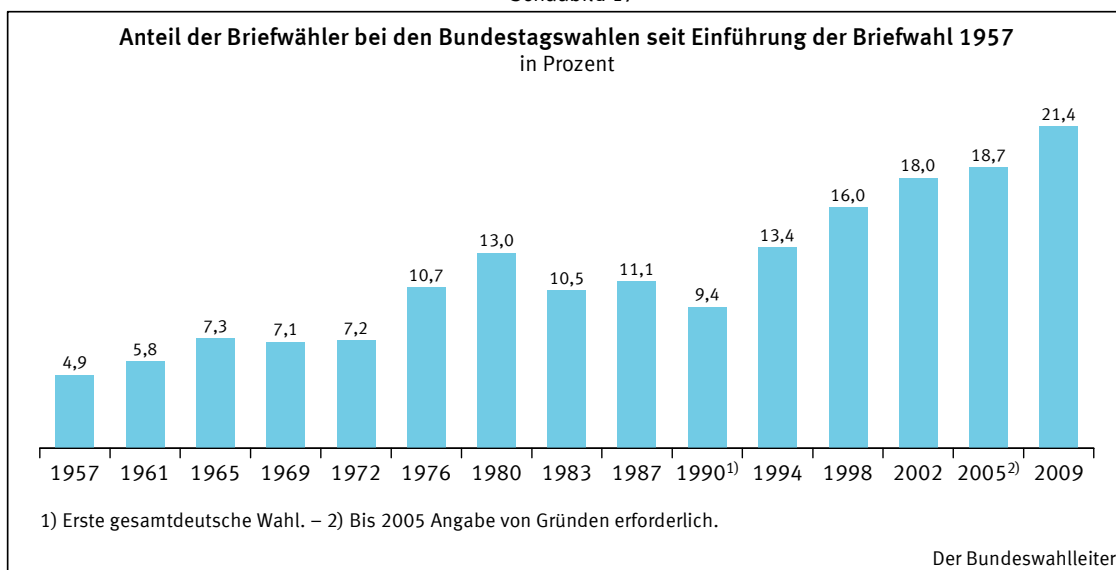
3 Weitere Ergebnisse

Über die repräsentative Wahlstatistik hinaus werden im Folgenden zusätzliche Ergebnisse zur Bundestagswahl 2009 vorgestellt. Die Angaben zu den Briefwählern stammen aus dem endgültigen Wahlergebnis. Die Angaben zu den Auslandsdeutschen, die zur Bundestagswahl 2009 die Eintragung in ein Wählerverzeichnis beantragt hatten, wurden aus den Mitteilungen der Gemeinden zusammengeführt.

3.1 Wie hoch war der Anteil der Briefwähler bei der Bundestagswahl 2009?

Der Anteil der Briefwähler an den Wählern lag nach dem endgültigen Wahlergebnis mit 21,4% um 2,7 Prozentpunkte höher als bei der Bundestagswahl 2005; das war der höchste Wert seit Einführung der Briefwahl bei der Bundestagswahl 1957. Der Trend zur verstärkten Nutzung der Briefwahl hält demnach weiter an.

Schaubild 17

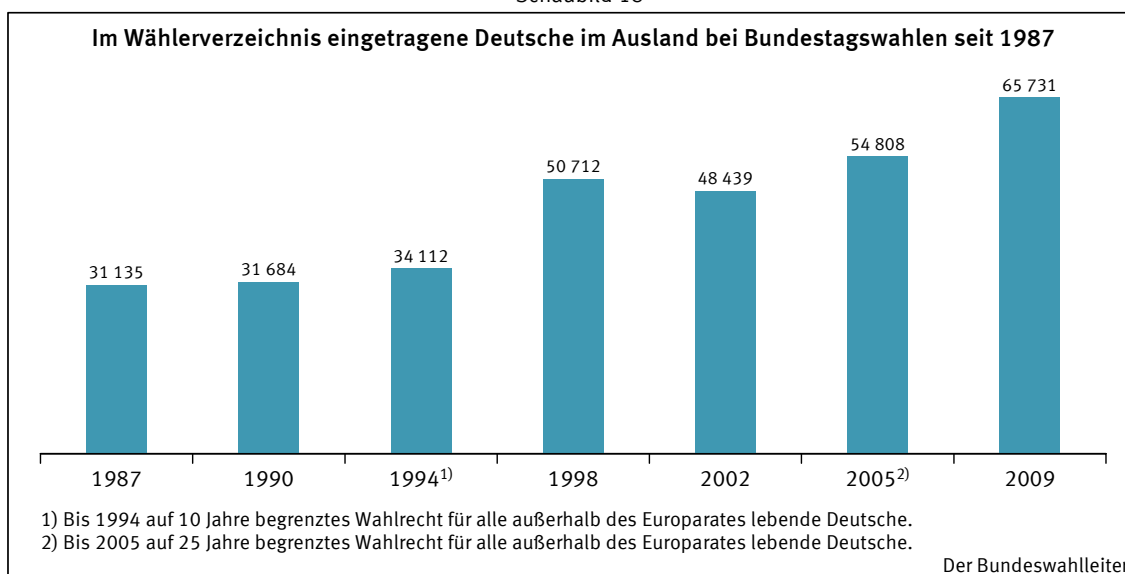


Auffällig ist, dass die Anteile der Briefwähler in den fünf neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) zum Teil deutlich niedriger lagen als in den alten Ländern (einschließlich Berlin-West): Sie reichten hier von 13,8% (Sachsen-Anhalt) bis 16,1% (Sachsen). In den alten Bundesländern lagen die Quoten zwischen 15,4% (Schleswig-Holstein) und 29,1% (Bayern).

3.2 Im Wählerverzeichnis eingetragene Deutsche im Ausland

Deutsche, die dauerhaft im Ausland leben und nicht mehr mit Wohnsitz in Deutschland gemeldet sind, können nur dann an einer Bundestagswahl teilnehmen, wenn sie sich in das Wählerverzeichnis ihrer letzten Heimatgemeinde in Deutschland eintragen lassen.

Schaubild 18

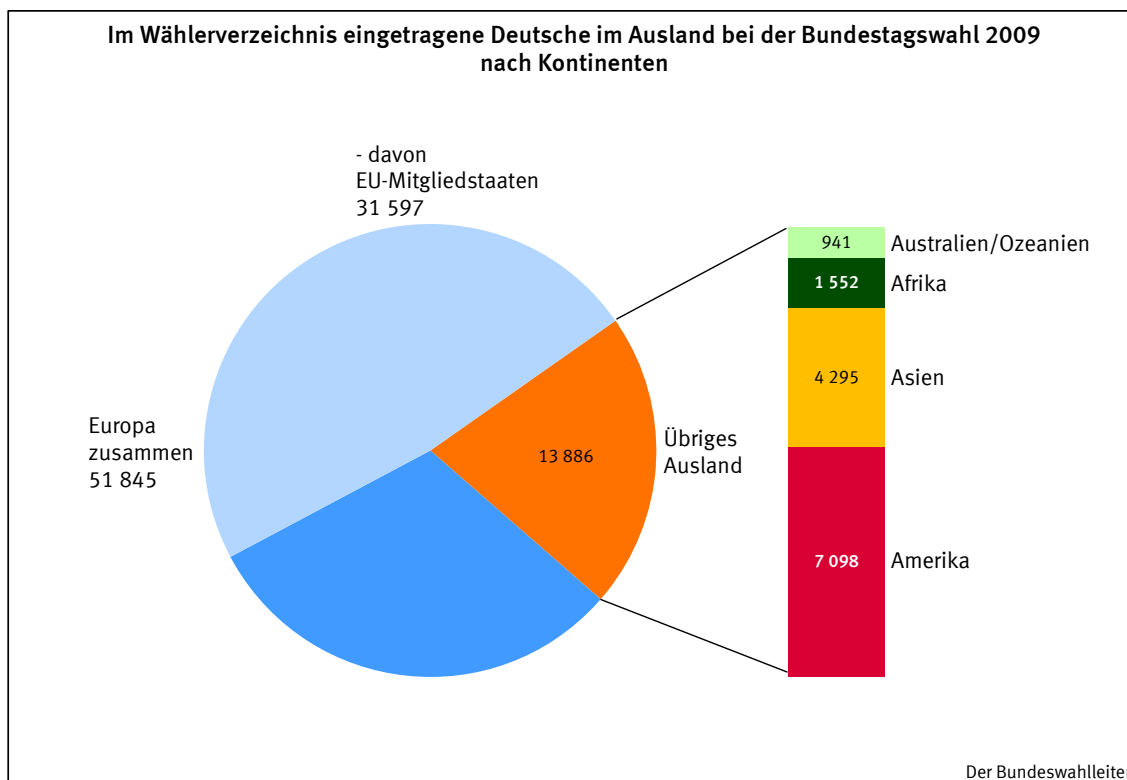


Zur Bundestagswahl 2009 haben dies knapp 66.000 im Ausland lebende Deutsche auf Antrag veranlasst. Damit stieg diese Zahl um fast 20% gegenüber der letzten Bundestagswahl 2005 mit knapp 55.000. Dies war der zweithöchste Anstieg bei Bundestagswahlen seit 1987. Nur 1998 war ein noch höherer Anstieg um fast 49% auf knapp 51.000 eingetragene Deutsche zu verzeichnen.

Fast 50% der Eintragungen aus der Europäischen Union

Die weitaus meisten Deutschen im Ausland, die sich zur Teilnahme an der Bundestagswahl 2009 in ein Wählerverzeichnis eintragen ließen, leben in Europa, nämlich fast 79%. Dabei umfasst allein die Zahl der eingetragenen Deutschen, die in Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) leben, knapp die Hälfte (rund 48%) aller Eingetragenen.

Schaubild 19



Die größte Zunahme war mit rund 6.000 Eintragungen mehr bei den außerhalb der EU, aber in Europa lebenden Deutschen zu verzeichnen, ein Anstieg von gut 42%. Die Zunahme unter Deutschen in der EU fiel mit knapp 4.000 Eintragungen mehr (+14,5%) demgegenüber weit geringer aus.

Anhang

Rechtliche und methodische Grundlagen der repräsentativen Wahlstatistik

Was ist die Rechtsgrundlage für die repräsentative Wahlstatistik?

Seit der Bundestagswahl 2002 wird die Wahlstatistik auf Grundlage eines eigenständigen Wahlstatistikgesetzes durchgeführt. Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Januar 2002 (BGBl. I S. 412).

Das Wahlstatistikgesetz steht im Internetangebot des Bundeswahlleiters zum Download bereit unter www.bundeswahlleiter.de im Bereich „Bundestagswahlen“ unter „Rechtsgrundlagen“.

Was ist der Zweck der repräsentativen Wahlstatistik?

Die repräsentative Wahlstatistik dient dem Informationsbedarf in vielen Bereichen unserer Gesellschaft. Sie gibt Aufschluss über das Wahlverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen, und zwar über **Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter, Geschlecht und Bundesländern**.

Wie werden Wahlgeheimnis und Datenschutz gewährleistet?

Oberster Grundsatz aller wahlstatistischen Erhebungen ist die Wahrung des Wahlgeheimnisses. Bei der Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik ist eine Verletzung des Wahlgeheimnisses durch folgende gesetzlich vorgegebenen Maßnahmen ausgeschlossen:

- Die für diese besondere Auswertung verwendeten Stimmzettel enthalten lediglich einen Unterscheidungsaufdruck nach Geschlecht und fünf Altersgruppen. Wie bei jedem Stimmzettel sind **keine personenbezogenen Daten** wie Name, Anschrift oder Geburtsdatum enthalten.
- Zur Ermittlung der Wahlbeteiligung werden die Wahlberechtigten und Wähler/-innen aus dem Wählerverzeichnis ausschließlich nach Geschlecht und zehn Altersgruppen ausgewertet.
- Die Auswertung der Stimmzettel und die Auszählung der Wählerverzeichnisse sind organisatorisch strikt getrennt.
- Für die ausgewählten Wahlbezirke ist eine Mindestgröße festgelegt: Urnenwahlbezirke mussten bei der Bundestagswahl 2009 mindestens 400 Wahlberechtigte umfassen. Briefwahlbezirke mussten bei der Bundestagswahl 2005 mindestens 400 Wähler/-innen aufgewiesen haben.
- Zum Schutz des Wahlgeheimnisses dürfen keine Ergebnisse für einzelne Stichprobenwahlbezirke veröffentlicht werden.

Durch diese Maßnahmen ist sichergestellt, dass keinerlei Rückschlüsse auf die Stimmabgabe einer Einzelperson gezogen werden können.

Wie wird die repräsentative Wahlstatistik durchgeführt?

Aus den rund 90.000 Wahlbezirken wurden für die Bundestagswahl 2009 insgesamt 2.861 Stichprobenwahlbezirke durch eine mathematische Zufallsstichprobe ausgewählt. Darunter waren 2.523 der rund 75.000 Urnenwahlbezirke sowie 338 der rund 15.000 Briefwahlbezirke. Dieser Stichpro-

benumfang gewährleistet, dass die Ergebnisse der ausgewählten Bezirke für die Gesamtheit des Wahlgebietes und für die einzelnen Bundesländer repräsentativ sind. Die Auswahl erfolgt durch den Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleiter/-innen und den Statistischen Landesämtern.

In den ausgewählten Wahlbezirken sind die amtlichen Stimmzettel zur Erfassung der Stimmabgabe der Wähler/-innen für die einzelnen Parteien mit einem Unterscheidungsaufdruck nach Geschlecht und fünf Altersgruppen versehen. Außerdem werden durch Auszählung der Wählerverzeichnisse der ausgewählten Wahlbezirke nach Geschlecht und zehn Altersgruppen die Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und ihre Wahlbeteiligung ermittelt.

Die Wahlberechtigten werden im Wahllokal bzw. mit der Zusendung der Briefwahlunterlagen über die Teilnahme an der repräsentativen Wahlstatistik informiert.

Welche Auszählungsmerkmale werden erfasst?

Bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag wurde die **Wahlbeteiligung** – wie seit der Bundestagswahl 1972 (mit Ausnahme von 1994 und 1998 wegen der vorübergehenden Aussetzung der repräsentativen Wahlstatistik) – **nach Geschlecht** sowie nach den folgenden zehn **Altersgruppen** ermittelt:

Geburtsjahr	das entspricht einem Alter von
1989 bis 1991	18 bis 20 Jahren
1985 bis 1988	21 bis 24 Jahren
1980 bis 1984	25 bis 29 Jahren
1975 bis 1979	30 bis 34 Jahren
1970 bis 1974	35 bis 39 Jahren
1965 bis 1969	40 bis 44 Jahren
1960 bis 1964	45 bis 49 Jahren
1950 bis 1959	50 bis 59 Jahren
1940 bis 1949	60 bis 69 Jahren
1939 und früher	70 Jahren und älter

Die **Stimmabgabe** wurde – ebenfalls seit 1972 – nach **Geschlecht** sowie nach den folgenden fünf **Altersgruppen** ermittelt:

Geburtsjahr	das entspricht einem Alter von
1985 bis 1991	18 bis 24 Jahren
1975 bis 1984	25 bis 34 Jahren
1965 bis 1974	35 bis 44 Jahren
1950 bis 1964	45 bis 59 Jahren
1949 und früher	60 Jahren und älter

Durch die Zusammenfassung der Wählerinnen und Wähler zu zehn bzw. fünf Altersgruppen sind Rückschlüsse auf die Stimmabgabe einzelner Wählerinnen und Wähler ausgeschlossen, und das Wahlgeheimnis bleibt gewahrt.

Wer wertet die Ergebnisse aus?

Die Ergebnisse werden von den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt ausgewertet. Die aus den Stichprobenergebnissen gewonnenen Daten werden zunächst länderweise auf die Gesamtzahlen der Wahlberechtigten und der Wähler hochgerechnet. Danach wird dann durch Zusammenfassung das Ergebnis für das Bundesgebiet ermittelt und für den Bund und die Länder veröffentlicht.

Was ist der Unterschied zu Wählerbefragungen?

Die repräsentative Wahlstatistik spiegelt die **tatsächliche** Wahlbeteiligung und Stimmabgabe, da sie nicht auf Umfragedaten, sondern auf der Auszählung der Wählerverzeichnisse und der Stimmzettel in den ausgewählten Stichprobenwahlbezirken beruht. Sie bildet somit das Wahlverhalten zum Zeitpunkt der Stimmabgabe ab. Demgegenüber befragen die Wahlforschungsinstitute die Wahlberechtigten vor dem Wahltag und die Wähler/-innen am Wahltag nach der Stimmabgabe.